

„Ein Gutachten wird Entscheidungsgrundlage“

Lkrs. Bamberg – Ein später Heiß diskutiertes Thema stellte Hans Jürgen Tytyk vom Fachbereich Jugend und Familie dem Jugendhilfeausschuss vor: die Neuorganisation des Pflegekinderwesens.

Hohe Arbeitsbelastung

Mit einer Fallzahl von 56 Pflegekindern pro Personal stellt (bei empfohlenen 25 bis 30 Fällen im Jahr) ist die Arbeitsbelastung im Kreisjugendamt kaum mehr tragbar. Zur Verbesserung schlägt das Jugendamt eine externe Vergabe der Dienstleistungsangebote für Pflegeeltern vor. Die Kompetenz dreier Anbieter im Bereich der ambulanten Sozialarbeit wurden eingeholt. Da die Empfehlung in der Besprechung der Fraktionsvorsitzenden vom 20. Oktober eher kritisch gesehen wurde, soll nun eine Prüfung durch den kommunalen Prüfungsverband stattfinden. Hildegard Götz, Vorsitzende des Vereins „Pfad für Kinder“, mahnte in einer eindringlichen Rede „mehr Qualität im Pflegekinderwesen“ an. Als Interessensvertreterin der im Pfad organisierten Pflegeeltern stellte sie der bisherigen Arbeit des Jugendamtes ein schlechtes Zeugnis aus. Geeignete Bewerber, die gerne ein Kind bei sich aufnehmen würden, fühlten sich unerwünscht. Zudem „wurde im Laufe dieses Jahres bereits vier Pflegeverhältnisse vorzeitig abgebrochen. Dies hätte durch eine intensive Beratung und Begleitung der Pflegefamilien verhindert werden können. „Teure Heimunterbringungen seien die Folge“.

Götz appellierte an das Gremium, nicht durch Stellenaufstockung im Amt punktuelle Erleichterung zu bringen, die bestehenden Strukturen aber fortzuführen.

Die Auslagerung biete die Chance auf einen Neuanfang, bei dem alle Beteiligten gewinnen könnten. Die Ausschussmitglieder zeigten sich betroffen. Man war sich einig im Wunsch nach einer möglichst schnellen Beschlussfassung. Bernd Fricke (GAL) dankte Tytyk als neuem Jugendamtsleiter für seinen „Mut zur Offenheit“. Da der Vorschlag, einen externen Dienstleister zu beauftragen, von den Jugendamtsmitarbeitern selbst geäußert worden sei, sehe er keinen Grund für das angedachte Prüfungsverfahren.

Außerordentliche Sitzung

Die Mehrheit votierte dann aber doch für das Einholen eines Gutachtens, das als Entscheidungshilfe für eine außerordentliche Sitzung im Januar dienen soll. Der Vorsitzende Johann Pfister versprach, in dieser wichtigen Frage so schnell wie möglich „Nägel mit Köpfen“ zu machen.